

FDP-Fraktion – Rathaus – 47792 Krefeld

Vorsitz:

Joachim C. Heitmann

stellv. **Vorsitz:**

Paul Hoffmann

Geschäftsführung:

Martina Kurpijuweit

T: 02151 / 86 20 45

Martna.Kurpijuweit@Krefeld.de

Sekretariat / stellv.

Geschäftsführung:

Heike Zilligen

T: 02151 / 86 20 46

Heike.Zilligen@Krefeld.de

Sachbearbeitung:

Angela Perey

T: 02151 / 8620 47

Angela.Perey@Krefeld.de

Krefeld, 04.02.11/zi

Presseerklärung

Sechsspuriger Ausbau der A 57 und Neugestaltung des Lärmschutzes: Das Schlimmste verhindern

Für die Sitzung des Stadtrates am 17. Februar hat die FDP-Fraktion beantragt, den sechsspurigen Ausbau der A 57 erneut zu thematisieren.

„Nach Informationen aus Bund und Land wird Krefeld beim sechsspurigen Ausbau der A 57 keine Chance auf aktiven Lärmschutz durch eine Tunnel-Trog-Lösung haben. Darüber hinaus ist fraglich, ob im gesamten betroffenen Stadtgebiet Lärmschutzwände oder eine Einhausung errichtet werden.

Daher muss sich der Rat positionieren und zusammen mit den Krefelder Abgeordneten in Land und Bund eine gemeinsame Strategie entwickeln, um das Schlimmste zu verhindern“, fordert Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

Heitmann wirft die Frage auf, ob und inwieweit die Gesprächspartner der Stadt ausreichend über die Vorstellungen für einen aktiven Lärmschutz informiert wurden. Fakt sei, dass bis kurz vor der Kommunalwahl 2004 weder dem Bund, noch dem Landesbetrieb Straßenbau die von Krefeld favorisierte Tunnel-Trog-Lösung bekannt gewesen sei, und dass bis Ende letzten Jahres das Bundesverkehrsministerium nichts von dem PPP-Modell zur Finanzierung einer Tieflage wusste, so Heitmann.

„Für uns ist dies genauso unverständlich wie für die betroffenen Bürger entlang der A 57 und die ihre Interessen vertretende Schutzgemeinschaft. Es muss geprüft werden, welche Möglichkeiten die Stadt und die Bürger haben, einen Ausbau der A 57 ohne hinreichenden Lärmschutz zu verhindern. Wir hatten wiederholt die Frage gestellt, ob der Bund überhaupt über den für den sechsspurigen Ausbau notwendigen Grundbesitz verfügt“, so Heitmann.

Wenn nunmehr darüber spekuliert werde, dass der sechsspurige Ausbau durch Inanspruchnahme der Standspuren bewerkstelligt werden solle, so schein der Bund nicht über den entsprechenden Grundbesitz zu verfügen. Die Stadt sei aufgerufen, den Bund und den planenden Landesbetrieb Straßenbau darauf aufmerksam zu machen, dass ein Verzicht auf Standspuren bei Unfällen zu einem Verkehrschaos führe, zumal noch nicht einmal auf der gesamten Strecke Standspuren vorhanden seien.

V.i.S.d.P.:

Joachim C. Heitmann

Vorsitzender